

Aufbruch in der Anwaltschaft gegen den britischen Richter, dessen Auftrag es ist, Israels Völkermord zu schützen

Richter Johnson hat den Prozess gegen Anti-Völkermord-Aktivist:innen derart manipuliert, dass Tausende von Juristen ihn aufforderten, von der Urteilsverkündung zurückzutreten. Doch Johnsons schmutzige Arbeit ist noch nicht beendet.

Jonathan Cook, jonathancook.substack.com, 10.06.26

Der Prozess gegen die *Filton Four* erreicht am Freitag seinen Höhepunkt. Richter Jeremy Johnson wird über die Strafen für vier Aktivist:innen von *Palestine Action* entscheiden, schuldig befunden wegen Sachbeschädigung „nachdem zwei Geschworenengerichte sich geweigert hatten, sie wegen weitaus schwerwiegenderer Anklagepunkte zu verurteilen, die die britische Regierung über die Staatsanwaltschaft (Crown Prosecution Service) erhoben hatte.

Richter Johnson gelangte auf den Richterstuhl, nachdem er jahrelang als der bevorzugte Anwalt des „geheimen Staates“ tätig gewesen war und Geheimdienste, Verteidigungsministerium sowie die Polizei vertreten hatte. Sein bevorzugtes Arbeitsumfeld als Anwalt waren Verfahren hinter verschlossenen Türen, die der Öffentlichkeit und einer ordnungsgemäßen rechtlichen Überprüfung verborgen blieben.

Keir Starmer's Regierung gelang es nicht, die Verurteilungen wegen schweren Einbruchs und gewalttätiger Ausschreitung zu erwirken, die sie so dringend brauchten. Sie hätten nachträglich zur Rechtfertigung der Entscheidung beigetragen, *Palestine Action* als terroristische Organisation zu verbieten „das erste Mal in der britischen Geschichte, dass eine Gruppe, die direkte Aktionen gegen Eigentum durchführt, verboten wurde.

Starmer's Feindseligkeit gegenüber *Palestine Action* ist persönlicher Natur. Die Organisation war ihm während des fast dreijährigen Völkermords Israels im Gazastreifen ein großer Dorn im Auge.

Von Anfang an deutete Starmer an, dass Israel das „Recht“ habe, den zwei Millionen palästinensischen Einwohner:innen des Gazastreifens Nahrung, Wasser und Strom vorzuenthalten „ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit, weshalb der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanjahu vom Internationalen Strafgerichtshof gesucht wird.

Palestine Action betonte nur Starmer's Mitschuld am Völkermord, als sie von *Elbit Systems* geführte israelische Fabriken in Großbritannien ins Visier nahmen. Israels völkermörderische Armee wird von hier mit Kampfdrohnen für den Einsatz im Gazastreifen beliefert.

Richter Johnson ließ die Videoaufnahmen der Metropolitan Police als Beweismittel zu, die diese ein ganzes Jahr lang der alleinigen Verwahrung durch *Elbit* unterstellt hatten.

Er entschied, dass die Geschworenen nicht über ihr uneingeschränktes Recht auf Freispruch informiert werden dürfen.

Der sogenannte „Filton-Prozess“ hat seinen Namen von einem *Elbit*-Werk im Stadtteil Filton in Bristol, das im August 2024 von *Palestine Action* ins Visier genommen wurde. Die Versuche, diese israelischen Drohnen zu zerstören, fanden zu einer Zeit statt, als Starmer unter enormem öffentlichen Druck „wenn auch nur wenig politischem „Ä“ stand, die britischen Waffenverkäufe an Israel einzustellen.

PR-Krise

Das Verbot hat sich für Starmer jedoch als Fehlschlag erwiesen. Es hat ihn in eine selbstverschuldete PR-Krise von gewaltigem Ausmaß verwickelt.

Aktivist:innen von *Palestine Action* befinden sich in einer für solche Fälle beispiellosen Zeitspanne ohne Gerichtsverfahren in Untersuchungshaft, weit über den üblichen Höchstfristen, und das unter besonders harten Bedingungen. Sie werden so behandelt, als seien sie Terrorverdächtige, obwohl ihre Festnahmen lange vor dem Verbot der Gruppe im vergangenen Jahr erfolgten.

Diese fortgesetzten Misshandlungen führten zu einem langen Hungerstreik und zu einer verzweifelten Kampagne der Regierung und der Medien zur Rechtfertigung ihrer Übergriffe.

Das Verbot hat dazu geführt, dass Tausende von Menschen „die meisten davon Ältere, darunter angesehene Mitglieder der britischen Gesellschaft, von Richtern und Ärzten bis hin zu Kriegsveteranen „wegen „Unterstützung des Terrorismus“ verurteilt wurden, weil sie Plakate mit der Aufschrift *I am against genocide. I support Palestine Action* [„Ich bin gegen Völkermord. Ich unterstütze *Palestine Action*“] hochhielten.

Diese massive Gegenreaktion zwang den Obersten Gerichtshof dazu, das Verbot für rechtswidrig zu erklären „eine Entscheidung, gegen die die Regierung Berufung eingelegt hat. Dies hat zu einer weiteren beispiellosen Situation geführt: Die Polizei nimmt weiterhin Menschen fest, die Plakate hochhalten, obwohl die Gerichte entschieden haben, die Grundlage für solche Festnahmen sei rechtswidrig. Das Rechtswesen sah noch nie so schäbig aus.

Aus diesem Grund setzt die Regierung ihre Hoffnungen darauf, dass Richter Johnson am Freitag zur Rettung eilt. Richter Johnson hat keinen Hehl daraus gemacht, wem seine Loyalität gilt. Nicht etwa dem Gesetz, sondern dem britischen Sicherheitsapparat. Angesichts seines Hintergrunds

dürfte das kaum überraschen. Richter Johnson gelangte auf den Richterstuhl, nachdem er jahrelang als der bevorzugte Anwalt des „geheimen Staates“ tätig gewesen war und Geheimdienste, Verteidigungsministerium sowie die Polizei vertreten hatte. Sein bevorzugtes Arbeitsumfeld als Anwalt waren Verfahren hinter verschlossenen Türen, die der Öffentlichkeit und einer ordnungsgemäßen rechtlichen Überprüfung verborgen blieben.

Manipulierte Prozesse

Richter Johnson hat absolut nichts unternommen, um dem überwältigenden Eindruck entgegenzuwirken, die Strafverfolgung der Aktivist:innen aus Filton sei rein politisch motiviert gewesen. Er hat beide Prozesse ganz offen auf vielfältige Weise manipuliert, wie der ehemalige britische Botschafter Craig Murray darlegte.

Lassen Sie mich ausführlich aus seinen Ausführungen zitieren, wie Richter Johnson die Anhörungen in eklatanter Weise zum Nachteil der Aktivisten und der Gerechtigkeit verzerrt hat:

Richter Johnson entschied, dass es den Angeklagten nicht gestattet sei, auf ihre Motive einzugehen.

Er entschied, dass die Geschworenen nicht über ihr uneingeschränktes Recht auf Freispruch informiert werden dürfen.

Er versuchte, den leitenden Strafverteidiger Rajiv Menon KC wegen Missachtung des Gerichts strafrechtlich zu verfolgen, da dieser die Geschworenen über ihre Rechte aufgeklärt hatte.

Er entschied, dass Begriffe wie „Völkermord“ und „ethnische Säuberung“ vor Gericht nicht verwendet werden dürfen.

Er ordnete an, dass die Notizbücher und sonstigen Aufzeichnungen der Angeklagten geschwärzt werden sollten, um der Jury jegliche Informationen über die Waffenlieferungen von *Elbit* an Israel vorzuenthalten.

Er sorgte dafür, dass die Art der beschädigten Waffen und Ausrüstungsgegenstände vor der Jury geheim gehalten wurde.

Er gewährte hochrangigen Mitarbeitern von *Elbit* Anonymität und ließ deren Aussagen zu, ohne dass die Verteidigung ein Kreuzverhör durchführen konnte.

Er entschied, das Verfahren sei *nicht* dadurch beeinträchtigt worden, dass die Ministerin [Yvette Cooper] und der Leiter der Londoner Polizei [Sir Mark Rowley] die Straftaten in den nationalen Medien als Tatsache dargestellt hatten.

Er gestattete während des Prozesses die Weitergabe stark bearbeiteter und selektiv ausgewählter Videoaufnahmen der Staatsanwaltschaft an die Medien, die einen falschen Eindruck von den Geschehnissen vermittelten.

Er ließ die Videoaufnahmen der Metropolitan Police als Beweismittel zu, die diese ein ganzes Jahr lang der alleinigen Verwahrung durch *Elbit* unterstellt hatten.

In einem Prozess mit so vielen außergewöhnlichen und ungewöhnlichen Momenten war der vielleicht auffälligste der Versuch von Richter Johnson, den Hauptverteidiger des ersten Verfahrens, Rajiv Menon KC, wegen Missachtung des Gerichts in Haft zu bringen „und zwar lediglich, weil er die Geschworenen in seinem Plädoyer darauf hingewiesen hatte, dass sie ein jahrhundertealtes gesetzliches Recht zum Freispruch hätten.

Das Verhalten von Richter Johnson war so beispiellos und hätte mit Sicherheit eine abschreckende Wirkung auf die Fähigkeit der Strafverteidiger, ihre Mandanten zu vertreten „dass die Angeklagten aus Filton beschlossen, ihre Anwälte im zweiten Prozess vom Schlussplädoyer zu entbinden, um zu vermeiden, dass sie wegen der Ausübung ihrer Tätigkeit und ihrer Verteidigung der Angeklagten mit einer Haftstrafe rechnen müssten „so dass dem Berufungsgericht nichts anderes übrig blieb, als das von Richter Johnson gegen Menon eingeleitete Verfahren wegen Missachtung des Gerichts aufzuheben. Murray kommt zu Recht zu dem Schluss: „Das ist eine erstaunliche Liste von ruchlosen Taten von Richter Johnson. Lesen Sie sie noch einmal. Viele Menschen werden sicherlich zu dem Schluss kommen, dass Richter Johnson derjenige ist, der im Gefängnis sitzen sollte.“

Maulkorbverfügung

Doch selbst nachdem unter diesen manipulierten Bedingungen Verurteilungen wegen Sachbeschädigung ergangen sind, ist Richter Johnson weiterhin in der Lage, der Rechtsstaatlichkeit weiteren Schaden zuzufügen. Am Freitag soll er das Strafmaß für die „Filton Four“ verkünden

[Inzwischen wurden alle zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt, siehe den angehängten zweiten Artikel].

Richter Johnson hat sich das Recht vorbehalten, die vier Anti-Völkermord-Aktivisten nicht nur wegen der relativ geringfügigen Sachbeschädigung zu verurteilen, für die sie nach seinem manipulierten Prozess für schuldig befunden wurden, sondern erneut in einem beispiellosen Schritt diese strafrechtlichen Verurteilungen so zu behandeln, als handele es sich um Terrorismusdelikte. Das bedeutet, dass er eine längere Haftstrafe, strengere Haftbedingungen und strengere, lebenslange Auflagen nach der Entlassung verhängen kann.

Die Geschworenen wussten nichts davon, als sie über eine Verurteilung berieten. Richter Johnson verhängte während des Prozesses eine Nachrichtensperre über seine Entscheidung, was bedeutete, dass die Informationen der Jury vorenthalten wurden und erst nach der Urteilsverkündung veröf-

fentlicht werden durften. Die Nachrichtensperre wurde lediglich von ausländischen Medien und Zarah Sultana durchbrochen, die ihre parlamentarische Immunität nutzte, um Richter Johnsons regierungsfreundliche, gegen die Gerechtigkeit gerichtete Machenschaften aufzudecken.

Als weiteres beispielloses Merkmal dieses Prozesses wird dies das erste Mal in der britischen Geschichte sein, dass jemand, dem Sachbeschädigung vorgeworfen wird, als Terrorist verurteilt wird. Diese außerordentlichen Befugnisse wurden den Richtern erst im Rahmen einer äußerst umstrittenen Novelle des Anti-Terror-Gesetzes im Jahr 2021 übertragen.

Die eigenmächtigen Manöver von Richter Johnson haben die Anwaltschaft derart empört, dass Tausende eine Petition unterzeichneten...

Auch die Begründung von Richter Johnson, warum er in diesem Fall von seinen erweiterten Befugnissen Gebrauch machte, ist ziemlich außergewöhnlich. Er argumentiert, dass die Aktivisten mit der Zerstörung der Kampfdrohnen von *Elbit* versucht hätten, die israelische Regierung zu „beeinflussen“, damit diese ihre Politik im Gazastreifen ändere, das heißt, damit sie den Völkermord beende.

Terroristen versuchten, Druck auf Regierungen auszuüben, argumentiert er, daher müsse dies bedeuten, dass die Aktivisten gegen Völkermord Terroristen seien. Der Widerstand gegen den Völkermord muss nach Ansicht von Richter Johnson als erschwerender Umstand und nicht als mildernder Umstand gewertet werden.

Umso erstaunlicher ist es, dass Richter Johnson dieses Argument anführt, obwohl er der Jury verweigert hat, Beweise für die übergeordneten politischen Motive der Aktivisten anzuhören: dass sie die britische Mitschuld am Völkermord Israels beenden wollten, indem sie eine Fabrik ins Visier nahmen, die die Drohnen für diesen Völkermord herstellte.

Denken Sie daran: All dies geschieht zu einer Zeit, in der Starmers Regierung beispiellose Maßnahmen ergreift, um viele Schwurgerichtsverfahren in Großbritannien abzuschaffen, wodurch wir der Gnade von Richtern wie Jeremy Johnson ausgeliefert sind.

Wie *Defend Our Juries* feststellt, strebt die Regierung die Schaffung „eines außergewöhnlichen und zutiefst autoritären Präzedenzfalls“ an, „der es ermöglicht, unzählige weitere Demonstranten wegen einer gewöhnlichen Straftat vor Gericht zu stellen, sie jedoch heimlich als Terroristen zu verurteilen, ohne dass die Geschworenen bei ihrer Urteilsfindung davon Kenntnis haben“.

„Grausam und rachsüchtig“

Die eigenmächtigen Manöver von Richter Johnson haben die Anwaltschaft derart empört, dass Tausende eine Petition unterzeichneten, in der sie forderten, er solle die Gelegenheit am vergangenen Montag nutzen, um sich von der Strafzumessungsverhandlung zurückzuziehen. Natürlich weigerte er sich.

Sie bezeichnen sein Verhalten während des Prozesses als „voreingenommen“ und „diskriminierend“ und haben ihn an die Aufsichtsbehörde für richterliches Verhalten verwiesen.

Hier ist David Whyte, Professor für Rechtswissenschaften an der Queen Mary University of London, der die Petition an den JCIO überreichte und einen weiteren Grund erläuterte, warum so viele Juristen über das Vorgehen von Richter Johnson empört sind: Er legte außergewöhnliche „Grausamkeit und Rachsucht“ an den Tag, indem er die Aktivisten mehr als dreimal so lange in Untersuchungshaft hielt, wie es die üblichen Höchstfristen zulassen, selbst als die Staatsanwaltschaft keine Untersuchungshaft beantragt hatte, und ihnen zwischen der Verurteilung und der Strafzumessung die Freilassung gegen Kautionsverweigerung verweigerte.

Das Berufungsgericht wird voraussichtlich am kommenden Montag sein Urteil zur Berufung der Regierung gegen die frühere Entscheidung des High Court verkünden, in der das Verbot von *Palestine Action* für rechtswidrig erklärt wurde, nur wenige Tage nach der Urteilsverkündung von Richter Johnson gegen die Aktivist:innen aus Filton.

Wenn das alles langsam wie Theater wirkt, dann liegt das daran, dass es genau das ist. In Diktaturen nennt man so etwas Schauprozesse. Jeder weiß, dass das Ergebnis von vornherein feststeht. Jeder weiß, dass es keine Gerechtigkeit gibt. Das Urteil ist rein politischer Natur. Es handelt sich um eine vorgeblich juristische Rechtfertigung dessen, was der Sicherheitsstaat will. Richter Johnson ist der perfekte Richter für diese Rolle.

Die Gerichte werden genau das tun, was von ihnen erwartet wird „es sei denn, sie befürchten, dass die Empörung der Öffentlichkeit ihre Entscheidung in Misskredit bringen könnte. Jetzt ist es an der Zeit, unsere Stimme zu erheben.

Quelle: https://jonathancook.substack.com/p/legal-profession-revolt-against-the?utm_campaign=post-expanded-share&utm_medium=web&triedRedirect=true

Übersetzung für Pako: A. Riesch – palaestibakomitee-stuttgart.de

Britisches Berufungsgericht erklärt Verbot von „Palestine Action“ für rechtmäßig

Das Urteil hob eine Entscheidung des Obersten Gerichtshofs auf, in der festgestellt worden war, dass das Verbot der Gruppe „rechtswidrig“ und „diskriminierend“ sei.

Katherin Hearst, middleeasteye.net, 15.06.26

Das Berufungsgericht hat ein Urteil des Obersten Gerichtshofs aufgehoben und das Verbot der Aktionsgruppe *Palestine Action* durch die britische Regierung für rechtmäßig befunden.

Der ehemalige Regierungsanwalt Tim Crosland erklärte, das Urteil des Gerichts lasse den größeren Zusammenhang des von Israel in Gaza begangenen Völkermords außer Acht. „Wir wissen, dass der Grund für die Existenz von *Palestine Action* darin besteht, zu verhindern, dass Drohnen an die israelischen Streitkräfte gelangen, um damit unter Verletzung des Völkerrechts Palästinenser:innen zu töten“, erklärte er gegenüber *MEE*.

Im Februar befand der High Court, dass die Entscheidung der damaligen Innenministerin Yvette Cooper, die Gruppe zu verbieten, „rechtswidrig“ und „diskriminierend“ sei, nachdem die Mitbegründerin der Gruppe, Huda Ammori, dagegen geklagt hatte.

Das Gericht entschied, dass das Verbot einen Verstoß gegen die Europäische Menschenrechtskonvention darstelle, da es einen „sehr erheblichen“ Eingriff in das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht auf friedliche Versammlung darstelle. Es stellte ferner fest, dass das Verbot nicht mit der Politik des Innenministers selbst im Einklang stehe.

Die Regierung kündigte umgehend an, gegen das Urteil Berufung einzulegen. Innenministerin Shabana Mahmood erklärte, sie sei „enttäuscht“ über das Ergebnis, fügte jedoch hinzu, dass das Verbot „das Ergebnis eines strengen und evidenzbasierten Entscheidungsprozesses“ sei.

Das Verbot, wonach die Mitgliedschaft in der Gruppe oder deren Unterstützung mit bis zu 14 Jahren Haft bestraft werden kann, blieb seitdem bis zur Entscheidung über die Berufung am Montag in Kraft.

Obwohl das fünfköpfige Richterremium den möglichen „abschreckenden Effekt“ des Verbots auf Personen zur Kenntnis nahm, die ihre Ablehnung gegenüber den Vorgehen Israels im Gazastreifen

zum Ausdruck bringen, hob es die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs auf.

Sie urteilten, dass die Maßnahme der Regierung, die Gruppe zu verbieten, „ein angemessenes Gleichgewicht“ zwischen den Rechten des Einzelnen auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit und den Interessen der „nationalen Sicherheit“ schaffe.

Bei der Verlesung der schriftlichen Entscheidung erklärte die Oberste Richterin Sue Carr, dass das Verbot „keine öffentlichen Bekundungen der Unterstützung für die palästinensische Sache oder der Ablehnung Israels und der israelischen Streitkräfte sowie keine Demonstrationen gegen *Elbit* – Israels größten Rüstungskonzern– verhindern würde“.

Sie fügte hinzu, dass das erstinstanzliche Gericht den Ermessensspielraum der Innenministerin bei der Entscheidung über ein Verbot „erheblich unterschätzt“ habe, und kam zu dem Schluss, dass diese „am besten in der Lage ist, ... künftige Bedrohungen und Risiken“ zu beurteilen, die von der Gruppe für „Dritte und deren Eigentum“ ausgehen.

In dem Urteil wurde festgestellt, dass die Verbotsentscheidung einen „gerechtfertigten und verhältnismäßigen Eingriff in die Rechte des Einzelnen“ darstelle und dass es ein „grundlegender Fehler“ sei, die Tatsache zu übersehen, dass *Palestine Action* offen zu rechtswidriger Gewalt aufruft, die dem Terrorismus gleichkäme.

„Es handelt sich nicht, wie behauptet wird, um eine Protestgruppe, die direkte Aktionen des zivilen Ungehorsams durchführt, wie etwa die Suffragetten, und die offen und transparent agiert. „Es handelt sich um eine verdeckte Organisation, die mit geheimen Untergruppen arbeitet, um zu verhindern, dass diejenigen aufgedeckt und strafrechtlich verfolgt werden, die mit Gewalt das Eigentum Dritter zerstören.“ „Die Aktivitäten von ‚*Palestine Action*‘ haben sowohl Verletzungen als auch Sachschäden verursacht.“

Die Mitbegründerin der Gruppe, Huda Ammori, erklärte gegenüber *Middle East Eye*, das Urteil sei „politisch“; die Tatsache, dass die Richter darauf hinwiesen, die Suffragetten hätten „offen“ gehandelt, zeige, „wie der Staat versucht, die Geschichte umzuschreiben und diese Angriffe auf unsere Rechte zu rechtfertigen“.

„Eine Taktik von ... Diktatoren und Autokraten“

Ammori erklärte in einer Stellungnahme im Anschluss an das Urteil, sie werde „das Verbot bis zum Äußersten anfechten“, bis hin zum Obersten Gerichtshof und zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, um „einen der extremsten Angriffe auf die Meinungsfreiheit und das Demonstrationsrecht in der jüngeren britischen Geschichte“ rückgängig zu machen. Sie fügte hinzu, dass das Gericht in seinem Urteil das Verbot als „äußerst umstritten“ anerkannt habe und dass es „breite Unterstützung“ für die Gruppe gebe, es jedoch mit dem Argument gerechtfertigt habe, dass „Eigentum von Rüstungsunternehmen wie *Elbit Systems* beschädigt werde, deren Waffen zum

Massaker an der palästinensischen Bevölkerung eingesetzt werden“.

„Während des gesamten Verfahrens hat die Regierung eingeräumt, dass dieses Verbot auf Sachschäden beruhte und nicht auf Gewalt gegen Personen“, sagte sie.

Als Reaktion auf die Entscheidung des Gerichts erklärte Areeba Hamid, Co-Geschäftsführerin von *Greenpeace UK*, dass „die Umdeutung von direkten Aktionen als Terrorismus eine Taktik aus dem Handbuch von Diktatoren und Autokraten ist“. Hamid wies darauf hin, dass Personen, die Plakate zur Unterstützung der Organisation hochhalten, mittlerweile „90 Prozent der Festnahmen im Zusammenhang mit Terrorismus“ ausmachen „Inwiefern macht das unser Land sicherer?“, fragte sie.

Vor dem Gerichtsgebäude begann die Polizei, Personen festzunehmen, die Schilder mit der Aufschrift *I am against genocide, I support Palestine Action* [Ich bin gegen Völkermord, ich unterstütze *Palestine Action*] hochhielten, während sich Hunderte trotz des Verbots versammelt hatten.

Seit Einführung des Verbots wurden Tausende Menschen wegen terroristischer Straftaten festgenommen, weil sie bei stillen Mahnwachen in ganz Großbritannien Schilder zur Unterstützung der Gruppe hochgehalten hatten.

Nach Angaben der Aktionsgruppe *Defend Our Juries* [Verteidigt unsere Geschworenengerichte] wurden seit der Feststellung der Rechtswidrigkeit des Verbots rund 700 Personen festgenommen, weil sie ihre Unterstützung für die Gruppe bekundet hatten. Bis zum Urteil des Obersten Gerichtshofs waren etwa 3.400 Personen festgenommen worden.

Ein „Unternehmen, das rechtmäßige Geschäfte betreibt“

Der ehemalige Regierungsanwalt Tim Crosland erklärte, das Urteil des Gerichts lasse den größeren Zusammenhang des von Israel in Gaza begangenen Völkermords außer Acht. „Wir wissen, dass der Grund für die Existenz von *Palestine Action* darin besteht, zu verhindern, dass Drohnen an die israelischen Streitkräfte gelangen, um damit unter Verletzung des Völkerrechts Palästinenser zu töten“, erklärte er gegenüber *MEE*. „Man würde meinen, dass ein Gericht wie dieses dies als relevant erachten würde, aber offensichtlich ist das nicht der Fall“, sagte er und fügte hinzu, dass sie dadurch „bei anständigen, gesetzestreuen Menschen wirklich an Glaubwürdigkeit verlieren“ würden.

In seiner schriftlichen Urteilsbegründung bezeichnete das Gericht *Elbit Systems* als „Unternehmen, das rechtmäßige Geschäftstätigkeiten ausübt“. Im Juli 2025 setzte die NATO im Rahmen einer weitreichenden Korruptionsuntersuchung 13 Verträge mit *Elbit Systems* aus und schloss das Unternehmen von der Auftragsvergabe aus. Die NATO erklärte, die Maßnahme sei aufgrund „schwerwiegender Vorwürfe ergriffen worden, wonach *Elbit* möglicherweise kriminelle Praktiken

begangen habe, darunter Unregelmäßigkeiten bei der Vergabe von Aufträgen“.

„Sie haben so getan, als wäre *Elbit Tesco*“, [Tesco ist eine Supermarktkette in Großbritannien] sagte Ammori gegenüber *MEE*. „Das ist eine Beleidigung für jeden einzelnen Palästinenser, den Israel in Gaza massakriert hat, für alle Palästinenser:innen, die ihr Zuhause verloren haben, und für jeden Mitarbeiter des Gesundheitswesens, der wegen der Waffen von *Elbit* Angriffen ausgesetzt war.“

„Es ist klar, dass *Palestine Action* darauf abzielte, die israelische Rüstungsindustrie lahmzulegen – das ist das Gegenteil von Terrorismus“, sagte sie, „aber da dies nicht in ihr Narrativ passt, haben sie beschlossen, diesen Aspekt wegzulassen.“

Saeed Farouky, ein Sprecher der Organisation *Defend Our Juries*, bezeichnete diese Darstellung als „die größte Lüge, die Sie heute gehört haben“. „*Elbit Systems* spielt eine zentrale Rolle bei Israels Völkermord“, sagte Farouky.

Vor den vor dem Gerichtsgebäude versammelten Menschenmengen erklärte Crosland: „Dieses Urteil basiert auf der völlig falschen rechtlichen Annahme, dass *Elbit Systems* ein rechtmäßiges Unternehmen ist. Diese Richter sollten ihr Jurastudium wiederholen.“ Er wies darauf hin, dass das Verbot dennoch vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte scheitern werde, und merkte an, dass der UN-Menschenrechtsbeauftragte Volker Turk es als „unverhältnismäßig und unnötig“ bezeichnet habe.

In einem Bericht der UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese, in dem sie die Unternehmen untersuchte, die vom Völkermord Israels im Gazastreifen profitieren, wurde behauptet, dass *Elbit* „eng bei israelischen Militäroperationen mitgewirkt“ und „Schlüsselpersonal im Verteidigungsministerium“ eingesetzt habe. „Internationale Partnerschaften, die Waffen und technische Unterstützung bereitstellen, haben die Fähigkeit Israels gestärkt, die Apartheid aufrechtzuerhalten und in jüngster Zeit seinen Angriff auf den Gazastreifen fortzusetzen“, heißt es in dem Bericht.

Das Urteil erging, nachdem vier Aktivist:innen der Organisation *Palestine Action* von einem Richter am Woolwich Crown Court als Terroristen verurteilt worden waren. Der Richter verhängte gegen sie Freiheitsstrafen zwischen vier und acht Jahren wegen eines Überfalls auf ein Werk von *Elbit Systems* in Filton bei Bristol im Südwesten Englands im August 2024. Dieses beispiellose Urteil wurde gefällt, obwohl die Geschworenen die Angeklagten wegen Straftaten für schuldig befunden hatten, die nicht im Zusammenhang mit Terrorismus standen.

Ammori wies auf den Zeitpunkt der Urteilsverkündung hin, die nur wenige Tage vor der Entscheidung des Berufungsgerichts erfolgte. „Es war von Anfang an eine reine Inszenierung, die darauf abzielte, das Verbot zu rechtfertigen. Der Fall Filton wurde in eine politische Agenda hineingezogen“, sagte sie. „Um uns zu verbieten, mussten sie den Leuten Terrorismusvorwürfe machen.“

Katherine Hearst ist Autorin, Filmemacherin und Organisatorin. Nach ihrem Abschluss am Royal College of Art im Jahr 2015 drehte sie drei animierte Kurzfilme, die auf BBC und Sky Arts ausgestrahlt wurden. Ihre journalistischen Beiträge wurden unter anderem bei Open Democracy und The New Internationalist veröffentlicht.

Quelle: <https://www.middleeasteye.net/news/uk-court-appeal-rules-favour-government-ban-palestine-action-uk-court-appeal-overturns>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako – palaesstinakomitee-stuttgart.de